

Schlechte Zeiten für Religionskritik

Gunnar Schedel am 29. 6. 2020 auf <https://hpd.de/>



© Fotomontage Daniela Wakonigg mit Material von pixabay.com (Pixabay License)

25 Jahre hat der Alibri Verlag¹ durch seine Bücher die Debatten über Religion und Gesellschaft mitbestimmt. Der Rückblick auf diese Zeit bringt den Verleger Gunnar Schedel zu einem angesichts sinkender Kirchenbindung nicht unbedingt zu erwartenden Fazit: Die Rahmenbedingungen für Religionskritik haben sich drastisch verschlechtert.

Als ich vor 25 Jahren den Alibri Verlag gegründet hatte, fragte mich ein Freund beim Biere: "Lohnt es sich wirklich, auf einen toten Hund einzuprügeln?" Ich teilte damals seine arg optimistische Einschätzung, dass die Kirchen unumkehrbar auf dem absteigenden Ast sind und keine politische Macht mehr entfalten können, nicht. Die "Rückkehr der Religion", wie wir sie derzeit erleben, hätte ich mir allerdings auch nicht vorstellen können.

Kirchenkritik

Die Kritik an Kirchen, Religion und Esoterik einschließlich deren Wirkung auf die Gesellschaft fand im vergangenen Vierteljahrhundert mal mehr, mal weniger Aufmerksamkeit, und auch die Aspekte, die auf Interesse stießen, wechselten. Anfang der 1990er Jahre ging es viel um innerkirchliche Reformen, der suspendierte und mit Lehrverbot belegte katholische Priester Eugen Drewermann und seine tiefenpsychologische Bibelinterpretation waren in den Medien allgegenwärtig. In diesem Rahmen wurde dann auch politische Kritik an der Macht der Kirchen vernehmbar (etwa anhand der Beispiele Kirche & Geld oder Militärseelsorge).

In der Linken (im ganzen Text verstanden nicht als Partei, sondern als facettenreiche politische Strömung) fanden diese Debatten nur mäßiges Interesse, aber zum damaligen Zeitpunkt gehörte Religionskritik prinzipiell in den Werkzeugkasten linker Ideen und so war die Forderung nach einer Trennung von Staat und Kirche auch eine zwar nicht einhellig geteilte, aber weitgehend akzeptierte Position. Ab und an fanden einzelne Punkte sogar Aufnahme in ein Bundestagswahlprogramm.

Esoterikkritik

Ein paar Jahre später hatte ein anderer Aspekt Konjunktur. Allmählich drang ins Bewusstsein vieler Linker, dass Esoterik als marktcompatibles Angebot für religiöse Bedürfnisse verstanden werden kann. Sie wurde als Hintergrundmusik für den voranschreitenden Neoliberalismus gesehen. Da die Esoterik-Anbieter bis auf wenige Ausnahmen keine Organisationsstrukturen entwickelten, die längerfristige Machtausübung gewährleistet hätten, rich-

¹ <http://www.alibri-buecher.de/>

tete sich der kritische Blick vor allem auf die Vielzahl der Aussagen, die Anknüpfungspunkte für diverse Ideologien der Ungleichheit boten.

Religionskritik

Kurz nach der Jahrtausendwende waren dann Kirchen- und vor allem Religionskritik in aller Munde und in allen Medien. Der *Neue Atheismus* mit seinen prominenten Repräsentanten (tatsächlich überwiegend Männer) hatte die Türen des Feuilletons geöffnet, in der Folgezeit sorgten der Ferkelbuchstreit², die Buskampagne³ oder politische Kampagnen wie die *Gegen religiöse Diskriminierung am Arbeitsplatz* (GerDiA)⁴ für erhöhte Aufmerksamkeit auch für die Forderung nach einer stärkeren Trennung von Staat und Kirche. Im 2013 gewählten Bundestag hätte es sogar eine Mehrheit für die Abschaffung des diskriminierenden kirchlichen Arbeitsrechts gegeben (wenn denn eine rot-rot-grüne Koalition zustande gekommen wäre).

Religion als Ideologie

Was als Höhepunkt erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen werden kann, stellt sich in der Rückschau zugleich als diskursiver Wendepunkt dar. Bis dahin gehörte, wie gesagt, Religionskritik in den Werkzeugkasten der Linken, ein Instrument, eine Gesellschaft in Freiheit und Gleichheit herbeizuführen. Die Wirkung von Religion wurde nicht völlig einheitlich als unterm Strich negativ eingeschätzt, es gab auch religiös motivierte Sozialrevolutionär*innen und manche setzten Hoffnungen auf die Theologie der Befreiung, aber als Ideologie wurde Religion fast immer angesehen, als Überbauphänomen, als "Seufzer der bedrängten Kreatur".

Daran ließ sich anknüpfen, indem sich die Kritik an Religion auf die Aspekte ihrer Macht und ihres Wahrheitsgehalts richtete. Für das Individuum ergab sich daraus die Forderung nach Emanzipation; konkret hieß das, die eigene Religionsgemeinschaft zu verlassen, wenn sie zu den mit Macht ausgestatteten gehörte, und die eigenen religiös geprägten Ansichten der Welt mit den Mitteln der Wissenschaft zu überprüfen. Die intersubjektive Nachvollziehbarkeit bot ein universalistisches Gegenmodell zu Religion; der Laizismus war der Versuch, eine Voraussetzung dafür zu schaffen, alle zivilgesellschaftlichen Gruppen gleich zu behandeln, die religiösen nicht zu bevorzugen.

Religion als Merkmal

Etwa gleichzeitig mit dem Höhepunkt des *Neuen Atheismus* tauchte in immer mehr Texten eine andere Vorstellung von Religion auf: Religion wurde nicht mehr als Ideologie, zu der sich ein Mensch bekennt, angesehen, sondern als Eigenschaft, als Merkmal wie das Geschlecht oder die Hautfarbe. Die Kritik an einer Religion galt plötzlich nicht mehr als Kritik an einer Ideologie und die Aufforderung, sich von dieser zu emanzipieren, sondern als Angriff auf die Menschen, die ihr anhängen. Eine ideologiekritische Grundhaltung wurde dadurch in die Nähe des Rassismus gerückt.

Die Hintergründe dieser Entwicklung sind vielfältig und lassen sich nicht einmal holzschnittartig darstellen, wenn ich möchte, dass dieser Artikel zu Ende gelesen wird. Vereinfacht gesprochen hängt sie mit Identitätspolitik zusammen, mit denen Teile der Linken auf die Erkenntnis reagierten, dass sich die Situation von Frauen oder migrantischen Minderheiten nicht automatisch verbessert, wenn die kapitalistischen Besitzverhältnisse umgestürzt werden.

So richtig die Erkenntnis war, dass mit der Beseitigung ökonomischer Ausbeutung nicht schlagartig alle Unterdrückungsverhältnisse aufgehoben sein würden, so problematisch waren die Nebenwirkungen der identitätspolitischen Ansätze. Je stärker in den Vordergrund rückt, was jemand (vermeintlich) ist, desto unbrauchbarer wird der Begriff der Emanzipation. Denn es erscheint möglich, der Aufforderung nachzukommen, Verhaltensweisen zu ändern, den Blickwinkel zu wechseln, ein Bekenntnis zu widerrufen - oder zumindest darüber zu streiten. Die Forderung, sich von seinem "Wesen" zu emanzipieren, wäre hingegen ebenso unsinnig wie unverschämt.

Wahrheit und Macht

Die beiden kritischen Perspektiven auf Religion - trifft sie richtige Aussagen über die Welt? Stützt sie die herrschenden Verhältnisse? - "funktionieren" plötzlich nicht mehr. Denn in postmodernen Vorstellungen ist intersubjektiv vermittelbare Wahrheit kein Kriterium. Wissenschaft und Religion stehen als unterschiedliche Erzählungen gleichwertig nebeneinander. Der Vorwurf, die Welt nicht richtig zu beschreiben, wird unerheblich - und damit auch die Emanzipation von einem solchen falschen Bewusstsein.

Die Frage nach der strukturellen Macht von Religionsvereinigungen wird zum "Tabubruch", sobald sie als grundlegende Debatte über die Stellung von Religionen in der Gesellschaft angelegt ist. Denn in Deutschland wird das Verhältnis von Staat und Kirche beziehungsweise "Religionsgesellschaften", wie es im Grundgesetz ganz allge-

² <http://www.ferkelbuch.de/>

³ <https://www.youtube.com/watch?v=c4NjzkXr4rM>

⁴ <http://www.gerdia.de/>

mein heißt, derzeit am konkreten Fall des Islams geführt beziehungsweise der Islamverbände, für die zur Debatte steht, ob sie dieselben Privilegien wie die beiden großen christlichen Kirchen erhalten sollen. Da "der Islam" in "postkolonialen" Kreisen oft verkürzt als Religion der Einwanderer gesehen wird, die, ebenso verkürzt, als unterdrückte Minderheit eingestuft werden, richtet sich Religionskritik dann per definitionem gegen eine machtlose Minderheit. Wer trotzdem Kritik übt oder ein laizistisches Modell fordert, setzt sich umgehend dem Rassismuskorwurf aus.

Damit ist die religiöse Rechte, sofern sie nur im Islam ihr Fundament findet, jeder Kritik entzogen. (Die Evangelikalen kann man derzeit noch ohne das Risiko, in die Nähe der AfD gerückt zu werden, kritisieren. Doch es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Religionslobby bemerkt wird, dass diese Form des Christentums ihre größte Verbreitung mittlerweile ebenfalls im globalen Süden hat und auch in Deutschland viele ihrer Anhänger*innen aus Afrika stammen ...)

Ideologeme der Ungleichheit

Gleichzeitig finden neue Begriffe Eingang in linke Diskurse. In einem soeben in einem renommierten linken Verlag erschienenen Buch wird im Kapitel über "Kulturelle Aneignung" der Begriff des Heiligen völlig unbefangenen verwendet. Das überrascht, denn immerhin wird dieser Begriff von den Konservativen weltweit bis heute dazu eingesetzt, Diskussionen, die die bestehende Ordnung hinterfragen, zu unterbinden. Aber alles, was die Autorin an Reflexion aufbringt, ist der Satz, dass es kompliziert wird, wenn es darum geht, wer denn definieren darf, was einer Kultur heilig ist.

Dass diese Frage nur gestellt, aber nicht ansatzweise beantwortet wird, liegt in der Natur der Sache. Denn jeder Antwortversuch käme zwangsläufig sehr schnell an den Punkt, dass auch innerhalb von "marginalisierten" Gruppen, Kulturen, Religionen nicht alle gleichberechtigt sind. Schon die Annahme, dass diese so homogen sind, dass dort einheitliche gesellschaftliche und politische Vorstellungen vorherrschen, entspricht nicht der Realität. Wie in jeder Gruppe, Kultur oder Religion müssen einheitliche Vorstellungen "hergestellt" werden, und dass in solchen Fällen meist der orthodoxe Mainstream den Ton angibt, dürfte nicht überraschen.

Das spiegelt sich dann im Verhalten gegenüber jenen Migrantinnen und vor allem Migrantinnen, die abweichende Positionen vertreten und beispielsweise Laizität fordern oder das Kopftuch als Ausdruck einer reaktionären Islaminterpretation ansehen. Deren Existenz stört das primitive Bild, nach dem Kritik an gesellschaftlichen Auswirkungen des Islams von "Weißen" aus rassistischen Motiven geübt wird. Deshalb müssen diese Migrant*innen, egal ob säkulare Muslim*innen oder Ex-Muslim*innen, marginalisiert und unsichtbar gemacht und wo das nicht völlig gelingt, mit heftig negativen Wertungen belegt werden.

Ein beeindruckendes Beispiel dafür bietet die Zeitschrift "Frauensolidarität" in ihrer Kurzzusammenfassung des Buches "Eine zornige Frau" der algerischen Feministin Wassyla Tamzali. Diese fordere (anstelle von kulturrelativistischem Denken) "einen gemeinsamen Kampf für allgemeine Menschenrechte", was die Rezensentin zu einer Wertung veranlasst, die für sich spricht: "Den Leser_innen dieses Buches muss klar sein, dass Tamzali mit ihrem Werk eine extreme Position einnimmt ...". Dass ein gegen den Kulturrelativismus gerichteter Kampf für allgemeine Menschenrechte als "extreme Position" bezeichnet wird, kann als Ausdruck für die "identitäre Wende" einer Reihe ehemals linker Organisationen und Medien gesehen werden. In solchen Äußerungen spiegelt sich auch die Abkehr dieses Spektrums vom Gleichheitsgedanken.

Eine andere Querfront

Auch die Autorin des Nachwortes der deutschen Ausgabe von "Eine zornige Frau", die in Algerien geborene Feministin Naïla Chikhi, wird im "Frauensolidarität"-Text diskreditiert. Sie sei "alles andere als unumstritten", weiß die Rezensentin. Erst im Januar sei ihr "bei einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Frankfurt ... Nähe zu rechtem Gedankengut vorgeworfen" worden. Es muss davon ausgegangen werden, dass eine solche Zuschreibung wirkt, obwohl kein konkreter Vorwurf erhoben wird, der Naïla Chikhis "Nähe zu rechtem Gedankengut" plausibel und nachprüfbar erklären würde. Dass es sich um eine ganz gezielte Diffamierung einer aufgeklärten Muslimin handelt, kann nur erkennen, wer (wie der Alibri Verlag) Gast der genannten Veranstaltung war.

Es handelte sich dabei um eine Podiumsdiskussion zum Thema Verschleierung, zu der unter anderem die "Migrantinnen für Säkularität und Selbstbestimmung"⁵ eingeladen hatten. Naïla Chikhi war eine von vier Personen auf dem Podium. Noch bevor die Eingangsstatements beendet werden konnten, wurde die Veranstaltung durch eine Aktion einer Gruppe, die sich "Studis gegen rechte Hetze" nennt, gestört.

Diese hatten es ganz offensichtlich darauf abgesehen, eine Diskussion über Verschleierung prinzipiell zu unterbinden und die Veranstaltung zu sprengen. Das Publikum, darunter auch Menschen, die aus religiös geprägten Diktaturen nach Deutschland geflohen sind, wurde abgefilmt; die Podiumsdiskutant*innen als "Rassisten" und "Faschisten" bezeichnet. Darauf geht der in "Frauensolidarität" zitierte Vorwurf zurück, Naïla Chikhi stehe in der Nähe rechten Gedankenguts.

⁵ https://www.facebook.com/Autonomie.Migrantinnen/?_tn_=%2C4%2CP- &eid=ARAv6hEnBuJcEPqRvLwINcQmZlnO52ZifY4ClGHuetrFv7Osbj7IW_9gidTbics0ar5CRT9Oi0CMaM

Es war nicht der erste derartige Auftritt der "Studis gegen rechte Hetze" gegen liberale Musliminnen oder Ex-Musliminnen, die sich gegen die Verschleierung aussprechen. In der Konsequenz betreibt die Gruppe das Geschäft der religiösen Rechten. Ihre Versuche, von der islamischen Orthodoxie abweichende Positionen als "islamfeindlich" zu markieren, sind Beispiel für eine neue Querfront: Unter dem Deckmantel des "Antirassismus" werden Vorstellungen der religiösen Rechten (hier: deren Frauenbild mit allen gesellschaftlichen Folgen) nicht nur gegen Kritik immunisiert, sondern auch als die einzig legitime Interpretation des Islams suggeriert. Dissidentinnen, die dieses Bild stören, in die rechte Ecke zu stellen und damit vom Diskurs auszuschließen, ist Teil der rhetorischen Strategie dieser Querfront.

Gekommen, um zu bleiben

Die Hoffnung, dass die ablehnende Haltung gegen Religionskritik als akademische Mode zu sehen ist, die in absehbarer Zeit auch wieder verschwinden wird, halte ich für unbegründet. Die vertretenen Positionen dienen sich so gut der herrschenden Ordnung an, dass zu erwarten ist, dass diese ihr Bleiben unterstützen wird.

Denn für die Strategie des "Teile und Herrsche" bieten sich grundsätzlich Ansatzpunkte, wenn "Communities" sich über eine vermeintliche Identität von anderen abgrenzen. Der identitäre Denkansatz kommt den Plänen entgegen, das bestehende System zu erhalten, das Religionsvereinigungen gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Kräften bevorzugt. Dafür müssen nur einige weitere nicht-christliche "Religionsgesellschaften" ebenfalls möglichst umfassend privilegiert werden. Mit dem Subsidiaritätsprinzip existiert zudem ein in der Praxis erprobtes Instrument für die Umsetzung dieser Pläne im politischen Alltag.

Das politische Berlin ist so fest im Griff dieser Vorstellung, dass bis hinein in die Opposition die Ausweitung der Staatsverträge⁶ als "einzig praktikable Lösung" für eine Gleichbehandlung auf dem Gebiet der Religion angesehen wird. Es ist jetzt schon absehbar, dass der konservative Mainstream der Partner dafür sein wird, dass das Individuum (und damit die individuelle Religionsfreiheit) keine Rolle spielen wird und abweichende Positionen innerhalb der "Communities" unsichtbar gemacht werden.

Und auch eine Verschiebung im Verständnis von Kritik spielt dieser Entwicklung in die Karten: Im Vordergrund steht heute weniger die möglichst exakte Beschreibung der Realität (die Grundlage sein kann, gesellschaftliche Verhältnisse wirksam zu verändern), sondern die möglichst deutliche und lautstarke Bewertung von Fehlverhalten.

Diese Veränderung im Diskurs bietet den Herrschenden einen großen Vorteil: Die Suche nach "Schuldigen" verändert nichts (selbst wenn die zugrundeliegende Kritik in der Sache richtig ist). Denn Einstellungen können in der Regel dann erfolgreich verändert werden, wenn sich gleichzeitig die Lebensverhältnisse ändern. Wer darauf verzichtet, kann sich immerhin auf eines verlassen: Das kritisierte Verhalten wird nicht verschwinden, und so gibt es auch morgen noch Bedarf, der Bevölkerung moralisch korrektes Verhalten beizubringen.

Wer meint, diesem Modell schon mal begegnet zu sein, könnte richtig liegen: Die Kirchen haben es jahrhundertlang - in ihrem Sinne erfolgreich - praktiziert. Dass dieses Modell heute von Teilen der Linken übernommen wird, dass deren Botschaft nicht mehr "Verändert die Welt!" lautet, sondern verdammt nach "Tut Buße" klingt, kann als Rache des Neoliberalismus an der gesellschaftsverändernden Linken gesehen werden.

"Geistig-moralische Wende" über Bande

Es ist nicht schwer sich auszumalen, was diese Rahmenbedingungen für Weltanschauungsfreiheit, Religionskritik und das Eintreten für eine laizistische, auf dem Gleichheitsgedanken basierende Gesellschaftsordnung (aber auch für Kunstfreiheit und Diskussionskultur) bedeuten. Der Angriff auf eine universalistisch ausgerichtete Politik, das Zusammenspiel von Konservativen, religiöser Rechter und identitären Antirassist*innen stellt alle, die gemeinsam für Veränderung kämpfen, vor neue Herausforderungen.

Vor allem für die transnationale Zusammenarbeit haben die Versuche, Religionskritik und Säkularismus aus dem Werkzeugkasten der Linken auszusortieren, weitreichende Folgen. Durba Zahan & Co.⁷ haben von Christine Buchholz & Co.⁸ keinerlei Unterstützung zu erwarten. Auch für einen Verlag, der sich der Skepsis verschrieben hat, der stimmige Fakten für wichtiger hält als moralisierende Urteile und dessen Leitlinie ist, dass Gleichheit und Freiheit nur dann zur Geltung kommen, wenn sie für Individuen und nicht für Gruppen angestrebt werden, ist diese Entwicklung von Bedeutung.

Immerhin: die "Rückkehr der Religion" in Deutschland vollzieht sich nicht über einen steigenden Einfluss von Religion auf das alltägliche Leben der Menschen. Noch geht es nur um die Erhaltung der Machtposition der Kirchen durch die Ausweitung ihrer Privilegien auf muslimische und jüdische Religionsgesellschaften. Mittelfristig kann das dazu führen, dass den Religionskonzernen wieder mehr gesellschaftliche Funktionen beispielsweise im Sozialbereich zugeschoben werden (während gleichzeitig kommunale usw. Strukturen ausgedünnt werden) - was

⁶ <https://hpd.de/artikel/gegen-den-hass-und-fuer-gleiche-rechte-aller-religions-und-weltanschauungsgemeinschaften-14788>

⁷ <http://hpd.de/artikel/wir-atheisten-sind-unertraeglich-fuer-sie-16751>

⁸ <https://hpd.de/artikel/privilegien-fuer-religioese-rechte-14746>

unsere Gesellschaft nachhaltig verändern würde. Was Kohls "geistig-moralische Wende" damals nicht erreicht hat, die Rückkehr zu Verhältnissen vor 1968, wäre dann einen Schritt nähergerückt.

Die Rahmenbedingungen für Religionskritik haben sich drastisch verschlechtert. Das Bewusstsein dafür, dass (wie ein für die Theorieentwicklung der Linken nicht ganz unwichtiger Philosoph einmal anmerkte) Religionskritik eine zentrale Voraussetzung für Kritik überhaupt darstellt, ist heute nur noch sehr eingeschränkt vorhanden. Ein Grund, sich dem Mainstream anzuschließen und auf Identität statt auf Emanzipation zu setzen, ist das freilich nicht.
